

Abgeordnetenhaus von Berlin – 15. Wahlperiode

21. Sitzung

Berlin, Donnerstag 14. November 2002

Aktuelle Stunde bezirkliche Selbstverwaltung stärken, Bürokratie abbauen Antrag der PDS und der SPD

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! - Für die Fraktion der SPD hat nun das Wort der Abgeordnete Schimmler.

Schimmler (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wambach! Das ist ja schön, dass Sie jetzt - so wie neulich einer Ihrer Fraktionskollegen der beste Arbeitnehmersvertreter war - der beste Bezirksvertreter sind.

[Niedergesäß (CDU): Immer schon!]

Vorhin haben wir aber leider von Herrn Kaczmarek das Gegenteil gehört. Er hat hier über die Bezirksfürsten einschließlich augenscheinlich die seiner eignen Partei - ich glaube, sie haben noch ein paar- gesprochen, als seien sie nur abzuqualifizieren. Wahrscheinlich müssen wir uns aber inzwischen daran gewöhnen, dass aus der CDU immer zwei Meinungen zu hören sind, so ein 18:16 Abstimmungsverhältnis. Das scheint so üblich zu sein.

[Beifall bei der SPD]

In der Sache selbst - Frau Flesch wird nachher in der zweiten Runde noch auf einige Sachen eingehen - nur einmal einen Hinweis, wir haben das schon häufiger im Bauausschuss gehabt: Erkundigen Sie sich doch endlich einmal, wie das Quartiersmanagement in den Bezirken funktioniert und wer daran beteiligt ist. Es wäre ganz gut, wenn Sie einmal vor Ort gingen und sich das ansähen, dann würden Sie nicht ständig falsche Sachen wiederholen.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Sie sehen aber bereits daran, dass dieses hier augenscheinlich ein dankbares Thema ist, um wieder einmal eine Sau durch das Land zu treiben.

[Unruhe - Dr. Lindner (FDP): Das ist doch Ihre Sau!]

Aktuell wird hier über den Sinn der Bezirke, der Bezirksverwaltungen, der Bezirksämter diskutiert,

[Dr. Lindner (FDP): Das ist doch keine aktuelle Debatte!

und Herr Kollege Zotl hat doch durchaus Recht, wenn er von einer sehr unglücklichen Idee des Beamtenbundes spricht, der das aufgebracht hat und damit die Hektik in die Diskussion mit hinein gebracht hat, auf die Sie jetzt aufzusatteln versuchen.

[Wieland (Grüne): Ist denn Wowereit da Mitglied?]

Wenn Sie das Thema einmal etwas sachlicher betrachten würden, dann müssten Sie sich einmal ansehen,

[Unruhe]

was der Bericht des Senats über die Bezirksgebietsreform zeigt, dass reine Strukturentscheidungen selten große kurzfristige finanzielle Erfolge bringen. Wir werden deshalb Ver-

waltungsaufgaben ebenso wie Strukturen, wie der Kollege Zotl das bereits zutreffend feststellte, auf den Prüfstand stellen müssen. Beispiele lassen sich in der Tat vielfältige bringen. Entgegen der Hektik dieser aktuellen Diskussion sollte man sich aber an längerfristigen Leitlinien orientieren.

Wir haben die Verfassung entsprechend geändert. Die Bezirke haben mehr Aufgaben bekommen. Das AZG ist entsprechend novelliert worden, und das Verwaltungsreformgrundsatzgesetz harret in vielen Punkten noch der weiteren Umsetzung. Dies ist unbedingt notwendig, und dies hat sich diese Koalition auf die Fahnen geschrieben.

[Kittelmann (CDU): Ach, du Schande!]

Die Verlagerung von Aufgaben, auch das hat die Koalition beschlossen, wird - wenn sie nicht zwingend zentral zu erledigen sein müssen - zukünftig auch weiterhin in den Bezirken fortgesetzt. Allerdings werden wir - auch das ist Gegenstand der Koalitionsvereinbarungen - auch darauf Wert legen, dass Aufgaben, die zum Beispiel betrieblichen Charakter haben, dann auch in anderen Formen wahrzunehmen sind. Da sind zum Beispiel auch Überlegungen mit anzustellen, ob im Land wie in den Bezirken die Vermessungsämter noch in dieser Form existieren müssen, wie sie bisher vorhanden sind.

Die Verwaltungsreform muss zügig fortgesetzt werden, und die Koalitionsparteien haben sich auf einen Gesetzentwurf zur Stärkung der Beteiligung der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung geeinigt. Wir werden sehen, wie sie im Einzelnen darauf reagieren und ob sie dort auch entsprechend mitmachen. Es geht darum, die Verwaltung fit zu machen für die veränderten Finanzverhältnisse in dieser Stadt. Dies geht in der Tat nicht, wenn wir nicht unsere Schützengräben verlassen.

Diese Debatten, die wir dann manchmal hier so schön führen, sind alle nicht neu. Und wenn Sie dann einmal einen Blick in die Geschichte werfen, werden Sie feststellen, dass alles schon einmal da gewesen ist.

[Wieland (Grüne): Ja, eben!]

Deshalb müssen wir jetzt endlich einmal anfangen, das umzusetzen,

[Beifall bei den Grünen]

das, was in vielen Bereichen bisherige Regierungen nicht immer geschafft haben.

[Unruhe]

Und da erinnere ich nur daran, lieber Kollege Warnbach, was einzelne Innensenatoren der CDU für kleine, aber wirkungsvolle Stöckchen immer dann hingeworfen haben, wenn es darum ging, Bezirke zu stärken.

[Beifall bei der SPD]

Vizepräsidentin Michels: Lieber Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Lindner?

[Unruhe]

Schimmler (SPD): Nein! - Ich möchte Ihnen zum Schluss etwas auf den Weg geben, was vielleicht eine Leitlinie sein kann und zeigt, dass diese Erkenntnis nicht neu ist. Ein bedeutender Berliner Kommunalpolitiker hat Mitte der 20er Jahre einmal die Situation geschildert, die Ihnen bekannt vorkommen könnte:

Wir verkennen gar nicht, dass die Verhältnisse in einzelnen Bezirksversammlungen insbesondere keineswegs immer so erfreulich sind, wie sie sein müssten. Sicher sind

die Versammlungen zu groß. Dies gilt vielleicht auch für die Stadtverordnetenversammlung.

Das schrieb Ernst Reuter 1926. Trotzdem, betonte Reuter, sei es nicht notwendig, dass jede Gaslaterne und jedes Straßenschild in einer zentralen Verwaltung geregelt werden müsse. - Das kommt uns, glaube ich, allen bekannt vor.

Weiter schrieb er in diesem Aufsatz:

Es ist eine Illusion anzunehmen, dass eine Riesengemeinde wie Berlin in allen Einzelheiten von einer Stelle aus verwaltet werden könnte. Diese regionale Gliederung ist auch aus einem anderen Grund notwendig. Die Konzentration aller Verwaltungsentscheidungen in einer Hand würde eine fast vollständige Entfremdung zwischen der Bevölkerung und den Organen der Selbstverwaltung bedeuten.

In einer 4-Millionen-Stadt ist eine 225-köpfige

- so groß war sie damals noch -

Stadtverordnetenversammlung nicht mehr imstande, über alle Einzelheiten des vielgestaltigen kommunalen Lebens mit ihren Auftraggebern,

- das sind sie nämlich -

den Wählern, in genügender Verbindung zu bleiben. Dazu gehören eben regionale Körperschaften. Bezirksversammlungen sind nach meiner Überzeugung absolut unentbehrlich.

Er sagt dann aber auch:

Der augenblickliche unbefriedigende Geisteszustand mancher Bezirksversammlungen darf darüber nicht hinwegtäuschen.

Das muss man auch deutlich sagen: Es muss auch in den Bezirken endlich gelernt werden, dass wir nicht nur von dezentraler Fach- und Ressourcenverantwortung reden, sondern diese auch in den Verwaltungen - das gilt auch für Hauptverwaltungen - endlich wahrnehmen und damit Ernst gemacht wird.

Es muss nicht sein, dass bis in die hohe Politik hinein über jede Parkbank, über jedes Werbeschild oder anderes gesprochen wird.

[Beifall bei der SPD - Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Wir müssen uns an dieser Stelle einmal selbst in die Pflicht nehmen, die von uns beschlossenen Bestimmungen auch umzusetzen. Das ist notwendig, damit eine Verwaltung auch die Kräfte entfalten kann, um vernünftige Entscheidungen fällen zu können.

Dies ist leider nicht immer in allen Verwaltungen der Fall. Beispiele lassen sich von jedem von uns aufzählen. Beispielsweise betrifft dies Investitionsvorhaben, die an Bezirken durch entsprechendes Verhalten gescheitert sind. Gleichzeitig müssen wir aber auch deutlich machen, dass es Bezirke gibt, die hervorragend Investitionsentscheidungen gehandelt haben. Es gibt Bezirke, die es geschafft haben, große Bauvorhaben mit Bebauungsplan und Planreife in einem Dreivierteljahr durchzuziehen. Auch das ist möglich. Manchmal haben so etwas nicht einmal Senatsverwaltungen mit auf die Bank gebracht.

Wir brauchen mehr Möglichkeiten in dieser Stadt, dass die Bezirke ihre vorhandenen Kräfte erkennen, ihre Verantwortungen auch wirklich wahrnehmen und dann entsprechend die Möglichkeit haben zu entscheiden. Die Koalition will hierzu den Bezirken die Möglichkeit geben. Sie haben hier schon gesagt, dass Sie das auch wollen, liebe Kollegen von der CDU. Dann machen Sie es auch. Wir werden Sie an einzelne Entscheidungen erinnern, wenn es darum geht, mehr Rechte in die Bezirke zu geben. Die Kollegen von der FDP werden ohnehin eher der Meinung sein, dass dies alles abgeschafft werden soll. Deshalb werden wir insbesondere darauf achten, wie Sie, meine Damen und Herren von der CDU, künftig entschei-

den. Sie reden einmal so und einmal so, je nachdem, welcher Tagesordnungspunkt gerade aufgerufen ist. Das werden wir Ihnen an dieser Stelle nicht durchlassen!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! - Für die FDP-Fraktion hat jetzt das Wort der Abgeordnete Ritzmann. - Bitte sehr!